

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Staunig,
verantwortlicher Redakteur: Fritz Baepflow, Beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Neue Breitenstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen
für die dreizehnpaltige Beilage oder deren Raum 80 A.
Postkatalog Nr. 8181.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Inhalt: Die erste Berathung der Zuchthausvorlage. Aussperrung und Streik der Berliner Maurer sind beendet. — Rundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Verschiedenes. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Technische Rundschau.

Die erste Berathung der Zuchthausvorlage.

Berlin, 23. Juni.

Während der Riesenkampf zwischen den Arbeitern und Unternehmern des Baugewerbes in der Reichshauptstadt zu einer Entscheidung drängte und die „deutschen Baugewerksmeister“ im preussischen Abgeordnetenhaus hinter verschlossenen Thüren über die Anwendung umfassender terroristischer Praktiken gegen die Arbeiterschaft berieten, am Montag, den 19. Juni, trat der Reichstag ein in die erste Berathung der Zuchthausvorlage, offiziell bezeichnet als „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“. Die Tribünen waren überfüllt, während das Haus kaum beschlußfähig gewesen sein dürfte. Vollzählig war nur die sozialdemokratische Fraktion am Platze, um ihrer parlamentarischen Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse zu genügen. Nach der höchst unglücklichen, gänzlich verfehlten und haltlosen „Begründung“, welche die Regierung der Vorlage beigegeben, konnte nicht erwartet werden, daß ihre Vertreter im Stande wären, in der Berathung etwas vorzubringen, das ihre Position zu verbessern vermöchte. Die Reden der Herren Schließen jener „Begründung“ sich so durchaus an, daß sie als vollkommen überflüssig erscheinen.

Der Reichstagskanzler Fürst zu Hohenlohe eröffnete die Berathung mit dem Ubleben einer kurzen Ausführung. Er sagte, daß der Gesetzentwurf, noch ehe er dem Reichstage vorgelegt worden, in der Presse wie auch in öffentlichen Versammlungen und selbst im Reichstage lebhafteste Angriffe erfahren habe. Derselbe bringe nichts Neues und Unerwartetes, sondern nur Das, was schon vor acht Jahren der Minister v. Bodelschwingh angekündigt habe: energische Bekämpfung des „Terrorismus“, der bei Umständen den „Arbeitswilligen“ gegenüber angewendet werde. Die abschällige Kritik der Vorlage werde insbesondere von der sozialdemokratischen Partei in leidenschaftlicher Weise geübt, und zwar ohne Zweifel aus dem Grunde, weil sie die Folgen des Gesetzes ihren Interessen für nachtheilig hält. (!!) Unter lauter Heiterkeit der Sinnen fügte der Reichstagskanzler hinzu, er könne nicht begreifen, wie anti-sozialdemokratische Parteien sich an der Bekämpfung dieses Gesetzentwurfes zu betheiligen vermögen, da doch das Koalitionsrecht der Arbeiter „nicht im Geringsten beschränkt werde“, vielmehr lediglich „die Beschränkung der Willensfreiheit des Einzelnen durch Terrorismus, vor Allem aber das Treiben gewerkschaftlicher Agitatoren und Geher“ verhindert werden solle. (!!) Er hoffe, daß, wenn auch nicht jetzt, so doch bei späterer Berathung ein „die Interessen der Arbeiter schützendes Gesetz“ zu Stande komme.

Nur die rechte Seite des Hauses vermochte sich dazu aufzuschwingen, diesen Ausfahrungen Beifall zu spenden.

Dann kam der Staatssekretär Graf v. Posadowsky mit einer langen Rede, die nichts Anderes ist, als eine Wiederholung der Dutzendmal all' der Behauptungen, die sowohl von offizieller und offiziöser Seite,

wie von Seite der Scharfmaßer gegen die Arbeiterkoalition und Organisation im Laufe der Zeit erhoben worden sind. Es sei nicht richtig, daß den Arbeitern das Koalitionsrecht formell eingeräumt bleibe, thatsächlich aber genommen werden solle. Die Regierung behne garnicht daran, die „berechtigten Koalitionsrechte“ der Arbeiter aufzugeben oder auch nur zu beschränken. Was nach seiner Ansicht „berechtigter“ und „unberechtigter“ Ausübung dieser Freiheit ist, das führte Graf Posadowsky nicht näher aus; er begnügte sich, zu bemerken: „Man darf von seinem Rechte nur Gebrauch machen, soweit man das Recht eines Anderen nicht verletzt.“ Das ihm nach Ansicht der herrschenden Klassen und der ihnen verbündeten öffentlichen Gewalten die Arbeiter aber bekanntlich immer, wenn sie zwecks Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Gebrauch machen von ihrem Koalitionsrecht. Der größte Theil der Posadowsky'schen Rede war dem Bemühen gewidmet, nachzuweisen, daß derjenige Begriff der Koalitionsfreiheit, wie ihn die radikalen Gegner der Vorlage definiren, unvereinbar mit der Sicherheit und Ordnung des Staatswesens ist. (!!) Um diesen Nachweis zu konstruiren, bediente der Herr Staatssekretär sich in ausgiebigster Weise der famosen offiziellen Denkschrift. Am Schluß seiner Rede leitete er sich folgende Ausfälle gegen die Sozialdemokratie:

„Die radikalsten Gegner der Vorlage wünschen zwar die Aufrechterhaltung der absoluten Koalitionsfreiheit gegenüber den Arbeitgebern und den Organen der Staatsgewalt, sobald es aber darauf ankommt, die Freiheit derer zu schützen, die sich einer Koalition nicht anschließen wollen, sind sie nicht zu haben. Die Koalitionsfreiheit der Sozialdemokratie ist eben ein Januskopf mit zwei Gesichtern, das eine trägt die Bünde der Freiheit, das andere die des absoluten, bedingungslosen Zwanges. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen dafür sorgen, daß auch das Zwangsgebot gegenüber den Arbeitswilligen die Bünde gesicherter Freiheit bekommt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)“

Ihr Parteiführer Herr Marx (Lachen bei den Sozialdemokraten) hat einmal gesagt, es wäre lächerlich, den gescheiterten, seit gescheiterten historischen Staat auf einmal zur Explosion bringen zu wollen. Man müsse allmählig einen neuen Staat im alten Staate gründen, und wenn dieser Staat fertig wäre, müsse man die alte Schiene sprengen und der Zukunftsthat wäre da. (Auf bei den Sozialdemokraten: Sie verheißt Marx ja garnicht.) Ich verheißt Marx sehr gut: Herr Abgeordneter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nach diesem klugen Axiom verfährt die Sozialdemokratie zur Zeit. So wie die Sozialdemokratie sich, entwickelt hat, trägt sie den Charakter eines Staates im Staate. Sie haben eine eigene Presse (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Das Unglück ist, daß ihre Freunde nie erfahren, was in den anderen Zeitungen steht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sehr richtig! (rechts.) Dadurch wird es unmöglich, und wenn wir mit Eingekerkerten reben, an die Arbeiter heranzukommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Neben Ihrer Presse haben Sie eine wohlorganisirte Polizei, die ihre Fährthener recht weit streckt und sogar in den Besitz geheimer Aktenstücke kommt, die sie auf dem Ministerische findet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit dem bekannnten Urtag habe ich ja die Erfahrung gemacht. (Seitens.) Sie haben weiter eine vollkommen funktionierende Anzeigungsverwaltung und ein ausgiebiges Steuersystem. (Seitens bei den Sozialdemokraten.) Was hindert Sie Streikfassen, anders, als ein Steuerwesen mit Zwangsverheerung. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Beugen Sie doch nicht, jeder Arbeiter, der nicht seine Streikrechte hat, hat, hat nicht, wie Sie sagen, „eine Wache“ hat, wird sofort hinausgeworfen. Wir haben ja gesehen, daß Arbeiter, besonders die Arbeiter der christlichen Arbeitervereine, von Dummheit zu Dummheit gehen und keine Arbeit finden konnten, weil sie nicht feuern wollten. Also, die bürgerliche Gesellschaft muß gut davon, sich ernstlich zu überlegen, daß zum sozialdemokratischen Staat im Staate Alles vorhanden ist. (Auf bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja Alles da. (Seitens.) Ja, Sie nehmen ein Staatshoheitsrecht, das Recht der Exekutive, für sich in Anspruch. Sie befolgen und achten den Arbeiter, der sich diesem Zwange nicht fügt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nun Sie haben etwas nicht? (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie sagen doch selbst: ohne Drohung kein Streik. Was heißt das anders als, es wird ein Zwang angesetzt, zu dem nur der Staat berechtigt ist auf Grundlage des Gesetzes? nulla poena sine lege! Das ist der erste juristische Grundlag.“

Das alte, traurige Spiel: die Sozialdemokratie, in ihren Grundsätzen und Bestrebungen völlig unwahr geschildert, wird vorgelesen, um den Angriff gegen ein Recht der Arbeiterklasse zu rechtfertigen.

Die Ausführungen der beiden Regierungsvertreter wurden in der vernünftigen Kritik, welche nunmehr in zweifelhafte Rede der Abgeordnete Wedel an der Vorlage Abte, gebührend berücksichtigt. Einleitend bemerkte Wedel:

„Ich hatte bis zu Beginn der Sitzung geglaubt, es handle sich hier um einen Entwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, ich bin aber durch die Reden der Herren Regierungsvertreter eines Anderen belehrt worden. Namentlich aus den Ausführungen des Grafen Posadowsky ging hervor, daß es sich eigentlich um ein verheißenes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokraten handelt. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie glauben, mit diesem Entwurf der Sozialdemokratie irgendwie zu Reibe gehen zu können, so wäre das eine große Thorheit. Denn, täuschen Sie sich nicht, mit diesem Entwurf werden Sie gegen die Sozialdemokraten nicht erreichen. Sie werden aber damit Hunderttausende von Arbeitern, die heute noch nicht zur Sozialdemokratie gehören, und in die Arme werfen. (Sehr wahr! links.) Wenn es einen Gesetzentwurf gibt, der von Reichstagen beiläufig sein sollte: Gesetzentwurf zur Agitation und zum Vortheil der Sozialdemokratie“, dann müßte der hier vorliegende so genannt werden. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.)“

Der Herr Reichstagskanzler hat gemeint, wir würden durch diesen Entwurf nicht übermäßig werden sein. Da hat er vollkommen recht. Der Entwurf steht ja jetzt nahezu zwei Jahre als Betterwolle am politischen Himmel, und wir hätten ihn erwartet, auch wenn er nicht in der Straube angekündigt worden wäre. Wir haben uns nur gewundert, daß er so lange auf sich warten ließ, und wir haben ja heute aus dem Munde des Herrn Reichstagskanzlers endlich gehört, daß das lange Bögen an „allerlei Hindernissen“ gelegen habe, d. h. weil verunmuthlich eine Anzahl von Regierungen, wie ich zu deren Ehre annehme, doch nicht so bereitwillig für den Entwurf zu stimmen bereit waren, wie man es von der Regierungseite gewünscht hat. (Widerpruch vom Bundesrathssitze.) Aber, meine Herren, wie dem auch immer sei, Sie irren gar gewaltig, wenn Sie glauben, uns, der Sozialdemokratie, mit dem Entwurf schaden zu können. Sobald der Entwurf bekannt wurde, entfiel in einem großen Theil der Unternehmerrasse allgemeiner Jubel. Auf der anderen Seite, und zwar soweit es deutsche Arbeiter in Deutschen Reiches geht, hört man nur einen allgemeinen Schrei des Jorns und der Entrüstung, und eine Empörung, wie ich sie in einem langen politischen Leben noch niemals in den Massen gefunden habe. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)“

Der Herr Reichstagskanzler hat gemeint, daß, weil wir in erster Linie gegen den Entwurf Stellung genommen haben, damit bemessen sei, daß er ausschließlich die Sozialdemokratie treffe. Wäre er besser von seinen Unterbeamten unterrichtet, so müßte er wissen, daß in der gesammten deutschen Arbeiterwelt, auch bei den katolischen, den ewangelischen, den liberalen Arbeitern, ohne Unterschied der politischen und religiösen Ueberzeugung der Sturm der Entrüstung der allgemeine ist, daß es vom Standpunkt der Regierung, der Statthalterhalten, kein unglücklicheres und ungeschickteres Vorgehen geben konnte, als diese Vorlage. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) (Widerpruch rechts.) Die Folgen werden sein, wenn dieser Gesetzentwurf in der vorliegenden oder in einer ähnlichen Form Gesetz werden sollte, an eigenen Reibe zu führen bekommen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) (Lachen und Zurufe rechts.) Wir wollen ja Alle, wo die Anregungen zu diesem Gesetz gegeben worden, es war in einer Privatunterhaltung in der Wälschische zu Weibel bei Bielefeld, und die ganze Zeit über waren wir gefast, daß ein solcher Gesetzentwurf kommen würde. Die verbündeten Regierungen freilich sagen, sie hätten ja den Gesetzentwurf schon eigentlich im Jahre 1891 durch die Erklärung des Herrn von Bodelschwingh angekündigt insofern, als damals die sehr große Majorität des Reichstages diejenigen Bestimmungen auf den § 158 der Gewerbeordnung nicht annahm, sondern ablehnte, und zugleich der Reichstagskanzler, der Herr v. Bode, in händiger Weise der Regierung eine Abgabe gab, auf diesem Gebiete etwas zu ändern. Es wäre in der That beunruhigend und richtig, wenn die beschriebenen Regierungen hätten diese damalige Abgabe sich so als besser zu setzen gemacht und man sich als glücklich hätte. Denn sie konnten doch nicht im Zweifel darüber sein, daß, so lange die Majorität des Reichstages so zusammengesetzt sei, wie sie damals war, und wie sie es noch heute ist, auf eine Verbesserung des § 158 nicht zu rechnen sein würde. In keinem Berichte des Herrn v. Bode wurde ausdrücklich als die Meinung der großen Mehrheit der Kommission gefolgt:

oder wirtschaftliche Organisation aufkommen zu lassen. Alle diese Arbeiter werden von den Sozialdemokraten bei Seite zu schaffen versucht. Weiter will die Sozialdemokratie, daß alle Arbeiter zu ihren Klassen steuern. Gegen jede andere religiöse oder politische Ueberzeugung läßt sie einen Zwang aus. Diese Tendenzen haben sich in einer Weise ausgebildet, daß sie nicht nur dem öffentlichen Rechtsbewußtsein in's Gesicht schlagen, sondern daß sie auch das Gemeinwohl gefährden. Wenn das sich so weiter entwickelt, dann wird die bürgerliche Welt eine Antwort geben müssen, und wenn es jetzt dem hohen Hause nicht gefällt, eine Eindämmung dieser Tendenzen vorzunehmen, so wird sich die Reaktion bald zeigen und es werden schlimmere Maßregeln notwendig werden."

Herr Dr. Nieberding hat offenbar das öffentliche Rechtsbewußtsein verwechselt mit dem sogenannten Rechtsbewußtsein" der Schärpmacher und ihrer Anhänger.

Nach diesem Herrn betrat, in Vertretung des Generalschärpmachers Freiherrn v. Stumm, der Freikonervative Abgeordnete Dr. Arendt die Tribüne, um unter andauernder, oft lärmischer Heiterkeit des Gesanges eine Menge demagogischen Unsinn vorzubringen. Er behauptete das Faltenlassen des Sozialistengesetzes und wünscht, daß dieser „verhängnisvollste aller Fehler, die am Ende des neunzehnten Jahrhunderts gemacht worden sind (11),“ einermessen wieder gut gemacht werde durch Annahme des vorliegenden Entwurfes. Die Koalitionsfreiheit zwar solle „erhalten bleiben“ (11), nur der „Koalitionszwang“ solle verhindert werden. Er schloß mit der abernen Phrase: „Für die Arbeiter Alles, aber auch Alles gegen die Sozialdemokratie!“

Nunmehr verarbeitete der Freisinnige Abgeordnete Senemann die Vorlage in zwölfwündiger Rede, deren leitende Gedanken folgende sind:

Die Liebe der Regierung zur Koalitionsfreiheit ist eine recht gezwungene, „eine mehr platonische“. Die Vorlage mit ihren Begründungen richtet sich lediglich gegen die Arbeiter. Der oft geradezu entsetzliche Terrorismus der Unternehmer, den die Arbeiter und die Massen der Konsumenten zu ertragen haben, wird nicht getroffen. Die Unternehmer brutallisieren die Arbeiter mit Hunger und Verbannung. Dafür, daß Zustände existieren, welche ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter rechtfertigen, ist nicht das Minimum eines Beweises erbracht. Das gesammte beigebrachte Material, besonders soweit es Gutachten von Staatsanwälten, Polizeibehörden u. d. d. darstellt, dient größtenteils Täuschung. Wie die Arbeiterschaft, so werde auch das Bürgerthum den Muth haben, das vorgelegene Gesetz zurückzuweisen, allen Schärpmachern zum Trost!

Auch der antisemitische Abgeordnete Liebermann-Sonnenberg erklärte sich Namens seiner Freunde gegen die Vorlage, welche das Koalitionsrecht beschränkt.

Man konnte sich eines Gefühls des Mitleids nicht erwehren, als am dritten Berathungstage (Mittwoch) der Staatssekretär Graf Posadowsky die Debatte eröffnete mit dem Versuch, der wahrhaft vernichtenden Kritik, welche die Vorlage und deren Begründung bis dahin erfahren hatten, entgegenzutreten. Unter lebhaftem Widerspruch der Linken behauptete er zunächst, es sei in der Presse, bis tief in die demokratische hinein" die Nothwendigkeit anerkannt worden, „gewissen Ausweitungen der Koalitionsfreiheit entgegenzutreten“. Beweise dafür erbrachte er nicht. Sodann erklärte er, „um jeder Legendensbildung vorzubeugen“, daß das Gesetz in vorliegender Fassung von allen Bundesregierungen beschlossen worden sei. Was die Denkschrift betreffe, so sei dieselbe „garnirt" dazu da, um die einzelnen Paragraphen des Entwurfs zu begründen" (11), sondern lediglich, „um ein Bild der Arbeiterkämpfe der Gegenwart zu geben". (11) Was dieses Bild werth ist, daß es ein grundfalsches, völlig willkürlich, tendenziös entworfenes ist, darüber hätte der Staatssekretär die Debatte belehren können. Wie für diese Behauptung, so konnte das Haus süßlich auch für die weitere, es sei „der einzig richtige Weg gewesen, als Gutachter vorwiegend Polizeibehörden und Staatsanwälte zu hören“, nur schallende Heiterkeit haben. Und diese Heiterkeit wuchs, als der Herr mit sehr ernster Miene sagte, es sei ihm von einer sehr angesehenen Person mitgetheilt worden, der Terrorismus der Streikenden habe sich in einer Stadt sogar auf die Kinder in der Schule erstreckt. „Die Kinder der Streikenden malträtiren und misshandeln die Kinder der Arbeitwilligen in einer Weise, daß Letztere gezwungen sind, die Arbeit niederzulegen, um nur ihre Kinder zu schützen." (11) Sodann vertheidigte er die schwarzen Listen der Unternehmer, obwohl er zugab, daß dieselben bedenklich seien, da sie häufig Unschuldige mit den Schuldigen treffen.“ Diese Unterscheidung

zwischen „Schuldigen" und „Unschuldigen" ist demselben Geist entpungen, der die Unterscheidung zwischen den „schlimmen Streikenden" und den „braven Arbeitwilligen" geschaffen hat. Die Regierung wolle die schwarzen Listen deshalb nicht bestrafen, weil sonst auch der Boykott bestraft werden müsse, und diesen Eingriff in den wirtschaftlichen Kampf wolle sie nicht machen. Aber ist dem Grafen Posadowsky denn nicht bekannt, daß Gerichte in zahlreichen Fällen schon längst den Boykott, wenn er von Arbeitern ausging, bestraft haben? Schließlich versichert er, die verbündeten Regierungen hätten die Vorlage eingebracht in weiter Vorlage, um durch eine verständige Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu verhindern, daß durch Massenaustritte, „unserem ganzen inneren Leben schwere Wunden geschlagen werden". Also der Regierungsvertreter giebt unumwunden zu, daß eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit geplant ist, nicht um „Mißbräuche" zu verhindern, sondern um Streiks unmöglich zu machen! Wie reimt sich damit die Versicherung zusammen, daß das Koalitionsrecht „nicht angetastet werden soll"?!

Der liberalere Abgeordnete Köstke-Dessau antwortete dem Staatssekretär in längerer Ausführungen: Wie alle früheren Gegner der Opposition, legte auch er dar, daß das Gesetz ein Ausnahmengesetz sei, „das bei Weitem schlimmer ist, als das Sozialistengesetz und die Umkehrvorlage, da es sich nicht gegen eine politische Partei, sondern gegen die gesammte deutsche Arbeiterschaft richtet". Dem Terrorismus der Unternehmer ließ Herr Köstke, bekanntlich selbst den Großunternehmerkreisen angehörend, die schärfste Verurtheilung zu Theil werden.

Auch der preussische Handelsminister Brieseld griff in die Debatte ein, um die Mittheilungen der famosen Denkschrift über den „Arbeiterterrorismus" zu vervollständigen, die „Wesentlichkeiten der Streiks" zu schildern und schließlich, was der Gesetzentwurf wolle, sei ein „Akt sozialer Gerechtigkeit". (11)

In längerer Rede wurde diese absonderliche „Sozialgerechtigkeit" vom volksparteilichen Abgeordneten Hausmann im Sinne der Ausführungen von Bebel's, Lieber's, Wassermann's, Lenzmann's und Köstke's energisch bekämpft. Das Gesetz lasse den Arbeitern höchstens einen schmalen Fußweg, lege aber Fußangeln auf beide Seiten desselben. Die Aeußerungen des Abg. Lieber über die himmelstreichenden Urtheile beutlicher Gerichte gegen Arbeiter seien weiten Kreisen des Volkes aus der Seele gesprochen.

Für die Polen gab Abgeordneter v. Carlinski die Erklärung ab, daß sie das Gesetz strikte ablehnten. Dasselbe Erklärung erfolgte seitens des Abgeordneten Winterer für die Elässer mit dem Bemerkten, daß das Gesetz nicht dem sozialen Frieden, sondern nur der Verschärfung der Klassegegensätze dienen könne.

Nachdem am vierten Tage (22. Juni) zunächst das Vertagungsgesetz, durch das der Regierung die Ermächtigung erteilt wird, den Reichstag bis zum 14. November zu vertagen, einstimmig angenommen, gelangte die Zugthatsvorlage = Debatte zum Abschluß. In zweieinhalbstündiger Rede faste der sozialdemokratische Abgeordnete Heine noch einmal alle Bedenken gegen den monströsen Gesetzentwurf auf, zugleich scharfe Kritik übend an den letzten Ausführungen der Regierungsvertreter und ihrer konservativen Helfersheifer. Eingehend legte er an der Hand der Thatfachen dar, daß der wahre Grund der ganzen Aktion in nichts Anderem als in der planmäßig fortgesetzten Treiberei gewisser industrieller Kreise zu suchen sei, einer Treiberei, welcher ja bereits die Zustimmung in zahlreichen Urtheilen Rechnung getragen habe. Speziell die sächsische Justiz wurde vom Redner gebührend beleuchtet. Auch erinnerte er daran, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky im vorigen Jahre gesagt: Das Koalitionsrecht sei nicht so nothwendig in einem Lande, wo das allgemeine Wahlrecht herrsche. Und jetzt versichere derselbe Mann, dieses Recht soll nicht angetastet werden! Mit großem Nachdruck trat Redner der elenden, demagogischen Lüge entgegen, daß die Streiks „sozialdemokratische Machenschaften" seien. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse an nutzlosen Streiks, welche die Kräfte der Arbeiter lahm legen und für höhere politische Ziele unbrauchbar machen. Weiter führte er aus, daß die Streikbrecher, welche man besonders gefährlichen Schutzes theilhaftig machen wolle, nicht gleichwerthig seien mit ihren organisierten Kollegen, welche eine Erhöhung der Lebenshaltung für die Arbeiter erstreben.

Staatssekretär Nieberding machte unter aufrichtigen Mitleidsbezeugungen des Hauses nodmals den Versuch, zu beweisen, daß man es nicht mit einem Ausnahmengesetz zu thun habe, während der Ministerial-

direktor v. Boedtkle lebhafteste Heiterkeit hervorrief durch die Erklärung, daß die Verfasser der Denkschrift „selbstverständlich für dieselbe die volle Verantwortung übernehmen". Als ob damit der Wahrheit und Gerechtigkeit etwas gebiet wäre! Diefem Herrn hat es die arme Streikbrecherin angethan, mit der, wie in der Denkschrift erzählt wird, ein Arbeiter nicht tanzen wollte. Herr Boedtkle behauptete nämlich: eine größere Beleidigung für ein ehrbares Mädchen könne er sich nicht denken! Wenn aber ehrbare sozialdemokratische Mädchen und Frauen vom Ordnungshelbenthum angepöbel werden, so versteht sich das ganz von selbst.

Der konservative Abgeordnete und künstlerische Schneidermeister Jacobsdötter versicherte, daß die Handwerksmeister die Vorlage mit Freuden begrüßt hätten und von diesem Gesetze die Erlösung vom unerträglichen Terrorismus der Gewerkschaften erhofften!!! Wie kann dieser Mensch wagen, so etwas im Namen der Handwerker zu behaupten? Die Masse der Handwerksmeister sieht mit der Sozialdemokratie gegen das Gesetz. Herr Jacobsdötter kommt nur als Vertreter der Zünftler-Litanei in Betracht. Nachdem dann noch der Abgeordnete v. Hohenberg (Welfe) und der Zentrumsabgeordnete Richter kurze Erklärungen gegen die Vorlage abgegeben hatten, fand die Abstimmung über den Antrag Revesow statt: die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Dieser Antrag wurde mit erdrückender Majorität gegen die Stimmen der Konservativen, der Antisemiten und einiger Nationalliberaler abgelehnt.

Damit ist das Schicksal der Vorlage, definitive und formelle Ablehnung in zweiter Lesung, welche nach der Vertagung stattfinden wird, besiegelt.

Die Buchhandlung „Vorwärts" wird alsbald die Verhandlungen genau nach dem amtlichen stenographischen Bericht in Broschürenform veröffentlicht. Wägen auch unser Leser mit für weiteste Verbreitung sorgen. In der Veranstaltung von Protesten darf kein Stillstand eintreten. Noch immerfort muß es durch das ganze deutsche Reich gellen: Nieder mit dem Zugthausgesetz und der Politik, die es gebornt!

Aussperrung und Streik der Berliner Maurer sind beendet.

Zur Beilegung der Differenzen zwischen den Berliner Maurern und den horigen Unternehmern fand am 24. Juni eine Verhandlung vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt statt. Dem Einigungsamt gelang es denn auch, einen für beide Theile annehmbaren Vorschlag zu finden, den die Vertreter der Unternehmer sofort zu stimmten, während die Maurer in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung am Sonntag ihre Zustimmung zu dem Vorlage des Einigungsamtes gaben. Die Arbeit dürfte am Dienstag allgemein aufgenommen worden sein.

Ueber die Verhandlung vor dem Einigungsamt entnehmen wir dem „Vorwärts" nachstehenden Bericht:

Im Bürgercafe des Rathhauses versammelten sich Samstag, Vormittags um 10 Uhr, zahlreiche Arbeiter und Arbeitgeber des Berliner Baugewerbes, um den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht beizuhöhen.

Die erste Seite der Streitigen war für die Arbeiter, die andere für die Arbeitgeber reservirt. Am Gerichtstisch saßen die Richter: der Vorsitzende Magistrats-Rath Herr von S. u. L., Fabrikant Weiger und Fabrikant Dr. Gerschel als Arbeitseherbeisitzer; Former K. und Steiniger Knoll als Vertreter der streikenden Parteien Platz genommen, zu ihnen gesaßen unter den Arbeitern auch Büchelberg, der Vorsitzende des Zentralverbandes der deutschen Maurer, und Wilkang, der Vertreter der Berliner Gewerkschaften.

Absessor v. S. u. L. fragte zunächst die Versammelten, ob sie öffentlich verhandeln wollten, was bejaht wurde, und stellte dann fest, daß die Initialien zu den Einigungsverhandlungen weder von den Arbeitnehmern noch von den Arbeitgebern ergriffen worden sei, sondern von dem Arbeitgebervereine des Gewerbegerichtes. Es sei erfreulich, daß beide Theile schließlich dem Erlauchen des Gewerbegerichtes Folge geleistet haben und die Versammlung so schnell zusammengetreten sei. Er hoffe, daß die Verhandlungen für beide Theile zu einem gleich ehrenvollen Frieden führen werden.

Als Sprecher traten für die Arbeitgeber Baumeister Döbber, Baumeister Westphal und Baumeister Kadmann, für die Arbeiter Maurer Silberhühnd, Maurer Kater-Verlin und der Verbandsvorsitzende Mühlburg-Gamburg auf.

Zunächst wurde Silberhühnd das Wort vertheilt. Er führte etwa aus: Die Aussperrung der Maurer hat den Anlaß zu dieser Versammlung gegeben. Ich will mich erlauben, eine Darlegung der Maurerbewegung in den letzten Jahren zu geben. Schon im Jahre 1889 verlangten die Maurer einen Stundenlohn von 60 A bei neunstündiger Arbeitszeit, und diese Forderung wurde auch von zwei Dritteln der Maurer errungen. Bis zum Jahre 1895 ging dann der Lohn auf 50 A pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit zurück. 1896 forderten die Maurer neunstündige Arbeitszeit und 55 A Lohn. Sie wurden damit abgewiesen und mußten in den Streik eintreten. Im Jahre 1897 wurde die Forderung auf 60 A pro Stunde erhöht. Die Forderung wurde schließlich stilltirt und sowohl dem Bunde wie den einzelnen Unternehmern mit der Bitte um mündliche Verhandlungen mitgetheilt. Letztes wurde abgelehnt, die Arbeiter mußten wieder zum Streik schreiten, der denn auch theilweise mit sehr großem Erfolge durchgeführt wurde. 1898 wurden keine neuen Lohnforderungen erhoben. Man begnügte sich damit, die Forderung zum Vorjahr möglichst allgemein durchzuführen. Auch im Herbst 1898 dachte man an keine Erhöhung des Lohnes

Noman: Die Töchter des Siben... und bringt zum Bandabschluss die Novelle von Robert Schmeichel „H. M. von S. geopfert“.

Mit dem 27. Heft beginnt ein neuer Noman: „Unter den Dolomiten“ von R. Telmann, der in spannender Handlung die Ausbeutung und Geistesnachtung der Kirche, die schleichende jesuitische Niedertracht bloßlegt.

Briefkasten.

Stellingen, W. Die Veranlagung der Sperrerei ist unterbleiben, weil der Debatition schon seit recht langer Zeit kein Bericht über den Stand der Angelegenheit zugegangen ist.

Stuttgart, E. (Stutt). Die Veranmlung fand am 26. Mai statt, Ihren Bericht haben Sie am 20. Juni zur Post gebracht.

Krefeld, D. (Stutt). Der Bericht, von dem im Briefkasten der Nr. 24 gesprochen wird, ist in den Papierkorb gewandert.

Sangerhausen, H. Ihre Karte kam für vorige Nummer einen Tag zu spät.

Wilhelmshaven, B. Todesanzeige hier unbekannt. Wurzgen, ? Auch anonyme Annoncen finden keine Aufnahme.

Zentral-Verband der Maurer und verw. Berufsge nossen Deutschlands.

Bekanntmachung: Die Abrechnungsformulare

für das zweite Quartal sind am Donnerstag, den 29. Juni, zur Verfügung gelangt. Zahlstellen, die nicht in den Besitz derselben gelangt sind, müssen sich melden.

Die Abrechnung selbst muß gleich nach dem 30. Juni aufgestellt und spätestens bis zum 15. Juli an den Hauptkassierer F. Köfer eingesandt werden. Das am Orte vorhandene Hauptkassiergeld ist alles einzusenden.

Die Revisionen werden angelehnt der aufzustellenden Quartalsabrechnung bringend ersucht, ihre Pflicht zu thun.

Wenn sich in irgend einer Zahlstelle Unregelmäßigkeiten herausstellen, dann machen wir die Revisionen mit dementsprechend.

Die örtlichen Verwaltungen

haben ebenfalls die Pflicht, Einsicht in die Kassens- und Buchführung zu nehmen und sich auch sie für etwa vorkommende Unregelmäßigkeiten mit dementsprechend.

Auch haben die Verwaltungen die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abrechnung zur rechten Zeit eingesandt wird.

Beitragszahlung.

Am Quartalschluß dürfte sich wiederum herausstellen, daß Mitglieder größere Beitragsrückstände haben.

Die Protokolle vom 5. Verbandstag

sind erst von wenigen Zahlstellen bezogen worden. Es wird dringend ersucht, den Betrag für die erhaltenen Exemplare umgehend einzusenden.

Das Protokoll über die Verhandlungen des dritten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands

ist im Verlage der Generalkommission erschienen. Der Preis beträgt 25 A. Die Verwaltungen der Zahlstellen werden ersucht, ihre Bestellungen entweder an uns oder direkt an die Generalkommission gelangen zu lassen.

Als verloren

gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Döbber (Buch-Nr. 15 278), H. Boigt (Buch-Nr. 027 820), W. Köbe (Buch-Nr. 88 805), H. Hoffmann (Buch-Nr. 063 721), R. Böhler (Buch-Nr. 068 762). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Ausgeschlossen

würden auf Grund § 15 a resp. b des Statuts von der Zahlstelle freientwaden: Reitzig (Buch-Nr. 78 793), S. Kieckebusch (Buch-Nr. 074 636), Kurepan (Buch-Nr. 074 637); von der Zahlstelle Ludwigshafen: Hubert Martin (Buch-Nr. 82 616), Heinrich Jähres (Buch-Nr. 078 808), Heinrich Eigenbegen (Buch-Nr. 074 288), August Garraß (Buch-Nr. 099 664), Friedrich Waldschmitt (Buch-Nr. 076 901).

Der Vorstand. F. A. T. H. B. m. l. u. r. g., Vorsitzender.

In der Zeit vom 20. bis 26. Juni sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Hauptkasse', 'Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig', 'Dresden 60, Nürnberg 100, Friedr. Brückberg 6, Berlin 60'.

Streifkassa.

Leipzig A. 15000, Mügeln 5, Dresden 200, Othenstedt 150, Altona 25, Stade 21, Nierenbodeleben 100, Friedrichsberg 5, Berlin 80, Dranenburg 40, Trebitz a. b. Elbe 44,56, Hohenbodeleben 40, Goffel 5, Langenlitz 10, Gießhain 100, Guben 201, Minden i. Westf. 100, Markranstädt 90, Naumburg 70, Reisse 62, Crafau 5, Magdeburg 58, Meiningen 48,50, Byritz 38, Werder a. b. Havel 20, Welfen 5, Magdeburg 20, Mosta 200, Altenburg 150, Riegnitz 100, Helzen 100, Spandau 100, Rosen 100, Papefwall 89,20, Begejad 58, Lützenwalde 50, Wiedrich 15, Alt-Streit 15,15, Erfurt 200, München 200, Schmerin i. Meckl. 125, Nienleben 80, Ganau 80, Trebitz 82, Reußberg 84,50, Stolp i. Pom. 28,65, Dohlig 13,50, Dreieichenhain 120, Eisenberg 100, Trebitz 70, Nordhausen a. Harz 60, Hörde 60, Arnstadt 52,48, Heegermühle 40, Königs-Lutter 28,04, Nippes 5, Köln 20, Sagau 15,89, Colmar i. Elz. 9,60, Dülfsdorf 240, Lützen 65,95, Bittau 45, Nehau 44,66, Fürstenwalde 40, Lübben 6,05. Summa M. 4746,17.

Für Protokolle vom V. Verbandstage in Berlin.

Althorf 50, Othenstedt 12,50, Neus-Dangjow 11,25, Friedrichsberg 5, Berlin 6,25, Hohenbodeleben 2,50, Potsdam 50, Werder a. b. Havel 2,50, Nienbich 2, Solingen 6,25, Helzen 5, Papefwall 5, Überswalde 18,75, Köstheim 12,60, Morderney 5, Summa M. 209,50.

Die Zahlstellen-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabschnitten genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifkassensbeiträge, sind nur an J. Köfer zu adressieren. Wenn diese nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

S a m b u r g, den 28. Juni 1899. F. Köfer, Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16, 1. Et.

Abrechnung des Zentral-Verbandes der Stukkateure, Gipsler und verwandten Berufsge nossen Deutschlands

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Zentral-Verband des 7. Geschäftsjahres (1899)', 'für die Hauptkasse an Einheitsbeiträgen, Mitgliederbeiträgen und Quartalssteuern'.

Zentral-Verband der Stukkateure, Gipsler und verwandten Berufsge nossen Deutschlands

Sterbetafel des I. Quartals 1899.

Table with 2 columns: Name and Date. Lists members who died in the first quarter of 1899, such as 'Fritz Hoffmeister, Steinhauer, geb. 15. 12. 68, gest. 8. 1. 99'.

Table titled 'Ausgabe in den Filialen für Rechnung der Hauptkasse'. Lists expenses for various branches like 'Für Meißenerfiliale', 'Reichslohn', 'Mitzgehung', etc.

Table titled 'Ausgabe in der Hauptkasse'. Lists expenses for the main office like 'Für das Fachorgan „Der Grundstein“', 'Protokolle', 'Statutenbücher', etc.

Table titled 'Bilanz'. Shows financial summary for the first quarter of 1899, including 'Einnahme im I. Quartal 1899', 'Ausgabe', 'Defizit im I. Quartal 1899', etc.

Folgende Städte haben für das I. Quartal nicht abgerechnet: Chemnitz, Gera, Bamern, Kassel, Kaiserlautern, Bochum, Eisenfeld, Stettin, Mühlheim a. d. Ruhr.

Das 4. Quartal 1898 und I. Quartal 1899 sind bisher nicht abgerechnet von: Gannstadt, Augsburg und Kronfurt a. M., Dem Verbands beigetreten: Hellerom, Konstantz, Weutten i. Schl., Karlsruhe, Zwidau, Urach i. W., M.-Stadbad und Freiburg i. Br.

Eingegangen: Oberhausen. R. S. n., den 12. Juni 1899. Peter Strimborn.

Für die Mithilftigkeit danken wir: Die Revisionen: Th. Zausen, Math. Umpalbern.

Wir machen die Filial-Vorstände darauf aufmerksam, daß denjenigen Filialen, welche drei aufeinander folgende Quartale nicht abgerechnet, der „Grundstein“ entzogen wird.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (e. H. Nr. 7).

Table titled 'Sterbetafel des I. Quartals 1899'. Lists members who died in the first quarter of 1899, such as 'Fritz Hoffmeister, Steinhauer, geb. 15. 12. 68, gest. 8. 1. 99'.

- 25. Bernhard Loberg, Maurer, geb. 4. 1. 82, gest. 6. 2. 99 zu Dönsbrück an Lungenleiden.
- 26. Friedrich Schenk, Maurer, geb. 17. 6. 51, gest. 10. 2. 99 zu Dönsbrück an Magen- und Darmleiden.
- 27. August Hermann, Maurer, geb. 27. 1. 59, gest. 11. 2. 99 zu Königsberg i. Pr. an Infuenza.
- 28. Matthias Weintmann, Maurer, geb. 11. 11. 38, gest. 11. 2. 99 zu Dönsbrück an Infuenza.
- 29. Adolf Girscheider, Maurer, geb. 22. 11. 58, gest. 11. 2. 99 zu Berlin durch Erstickten infolge Einflusses.
- 30. Fritz Donath, Maurer, geb. 30. 3. 50, gest. 14. 2. 99 zu Mittenleben a. E. an Lungenentzündung.
- 31. Joachim Dahms, Maurer, geb. 30. 9. 49, gest. 15. 2. 99 zu Berlin an Verletzungen.
- 32. August Bieg, Maurer, geb. 5. 6. 58, gest. 21. 2. 99 zu Elbing an Lungenemphysem.
- 33. Wilhelm Beck, Maurer, geb. 21. 12. 43, gest. 23. 2. 99 zu Himmelsburg an Schlagflus.
- 34. Gottfried Vilas, Maurer, geb. 18. 7. 50, gest. 24. 2. 99 zu Sinterdögel an Magenleiden.
- 35. Philipp Wittmann, Maurer, geb. 10. 2. 48, gest. 27. 2. 99 zu Hebelberg an Nervenleiden.
- 36. Adolf Fischeide, Steinbauer, geb. 7. 7. 61, gest. 28. 2. 99 zu Dresden-Striesen an Schwindsucht.
- 37. Fritz Hohlhoff, Maurer, geb. 5. 7. 48, gest. 5. 8. 99 zu Hamburg a. d. E. an Infuenza.
- 38. Ernst Holz, Steinbauer, geb. 1. 2. 46, gest. 7. 8. 99 zu Alt-Warthaus an Pleuritis.
- 39. Karl Herr, Steinbauer, geb. 8. 7. 45, gest. 7. 8. 99 zu Hamburg i. Pr. an Schlagflus.
- 40. Wilhelm Zimmer, Maurer, geb. 29. 1. 52, gest. 11. 3. 99 zu Berlin an Schlagflus.
- 41. Ernst Kell, Steinbauer, geb. 10. 8. 68, gest. 16. 8. 99 zu Dresden-Striesen an Schwindsucht.
- 42. Heinrich Schuler, Maurer, geb. 6. 3. 62, gest. 19. 8. 99 zu Bremen an Lungenleiden.
- 43. Otto Bernstein, Maurer, geb. 2. 8. 56, gest. 19. 8. 99 zu Stettin an Lungenleiden.
- 44. Joseph Haas, Maurer, geb. 25. 5. 45, gest. 21. 8. 99 zu München an Brustdrüsenkreisl.
- 45. A. Fischeide, Maurer, geb. 18. 7. 57, gest. 21. 8. 99 zu Berlin an Magenkreisl.
- 46. Karl Stein, Steinbauer, geb. 20. 5. 65, gest. 22. 8. 99 zu Wunsdorf an Lungenleiden.
- 47. Christian Schulz, Maurer, geb. 21. 9. 51, gest. 22. 8. 99 zu Königsberg i. Pr.
- 48. Johann Diegel, Maurer, geb. 19. 1. 57, gest. 27. 8. 99 zu Altenbrunsfelde an Lungenleiden.
- 49. Hermann Arnold, Maurer, geb. 29. 1. 58, gest. 28. 8. 99 zu Blauen i. B. an Herzleiden.
- 50. Julius Waffow, Maurer, geb. 1. 1. 60, gest. 28. 8. 99 zu Berlin an Lungenleiden.
- 51. Heinrich Bindloff, Maurer, geb. 2. 1. 44, gest. 29. 8. 99 zu Altona an Nervenleiden.
- 52. Gustav Lindemann, Maurer, geb. 8. 1. 54, gest. 29. 8. 99 zu Berlin an Lungenemphysem.

In der Woche vom 18. bis 24. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wilhelmshagen M. 200, Wittenberg 200, Mariendorf 200, Pantow 200, Massenheide 150, Alt-Wieslin 100, Mandelhof 80, Gehlin 35. Summa M. 1165.

Zuschüsse erstelien: Halle a. d. Saale M. 200, München 100, Eggenstedt 100, Frankfurt a. Main 100, Dresden-Striesen 100. Summa M. 800.
Altona, den 24. Juni 1899.
Karl Reih, Hauptkassier, Friedrichsbadstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Anzeigen-Auflage Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefall Mitteilung erhalten. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Delitzsch. Nach langem, schweren Leiden verschied am 19. Juni unser Verbandskollege **Wilh. Schaubert** aus Selben im 43. Lebensjahre.

Dresden. Der Verbandskollege **Herm. Kohl** ist am 17. Juni im Alter von 43 Jahren verstorben.

Neumünster. Am 17. Juni verstarb nach langem und schweren Krankenlager unser Verbandskollege **Joh. Schmidt** im Alter von 47 Jahren.

Ottleben. Am 23. Juni verschied unser treues Verbandsmitglied, der Maurer **Erich Mellin** im Alter von 50 Jahren.

Ehre Ihrem Andenken!

Nowawes.
Den Mitgliedern der Zentral-Kassenkasse der Maurer (Grundstein zur Eingetrag.) zur Kenntnis, daß sich meine Wohnung jetzt **Nowawes, Rautenstr. 28**, befindet.
[M. 1,80] **Hermann Kottstock**, Bevollmächtigter.

Zahlstelle Werder (Havel).
Da uns gegenwärtig ein Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, werden die Mitglieder ersucht, ihre Beiträge in der Wohnung des Kassiers **W. Haseloff**, Fischerstr. 72, zu entrichten.
Die örtliche Verwaltung.

Zahlstelle Liegnitz.
Der Kollege **Josef Neumann**, Epporstraße 12, ist vom 1. Juli ab Streifenkassier. Auch sämtliche Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.
[M. 1,50]

Zahlstelle Ruhla.
Die mit Ihren Beiträgen reisenden Kollegen werden dringend ersucht, Ihren Pflichten nachzukommen.
[M. 1,50] **Die örtliche Verwaltung.**

Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.), Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc.

Wir machen die geehrten Maurer und Bauhandwerker auf unsere unter nebenstehender Nummer gesetzlich geschützte **Wasserwage** aufmerksam. Dieselbe kann bei Ungenauigkeit von Jedermann selbst reguliert werden! Zu haben in jeder Eisenwarenhandlung, nicht direkt aus der Fabrik. Bei Bedarf berufe man sich auf unsere Firma.

Anforderung.
Die Mitglieder **Büttcher** (Buch-Nr. 46723) und **Hindemry** (Buch-Nr. 065342) werden ersucht, die aus unserer Bibliothek entlehnten Bücher wieder abzuliefern, widrigenfalls sie für den Werth der Bücher haftbar gemacht werden. Die drückenden Verwaltungen der Zahlstellen ersuche ich, die Obengenannten bei ihrem Bekanntwerden auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. [M. 8]
Der Bevollmächtigte der Zahlstelle **Lübeck.**

Anforderung.
Der Maurer **Friedrich Masag** aus Gans, lebt in Potsdam, geb. 3. 5. 78, wird ersucht, seinen Verpflichtungen in Brandenburg nachzukommen.
Der Kassier der Zahlstelle **Brandenburg a. d. H.** **R. Richter.** [M. 2,10]

Lieber Sohn! Deine Mutter bittet sofort um Deine Adresse.
Frau Köhler,
[904] **Garburg a. d. E., Weinsteinerstr. 22, 2. Et.**

Die Zahlstelle Gräfentonna feiert am 2. Juli ihr 50. Stiftungsfest, wozu Freunde und Gönner des Verbandes freundlichst eingeladen werden.
[M. 1,50] **Das Fest-Comité.**

Zahlstelle Alt-Schaumburg.
Sonntag, den 16. Juli:
Sommer-Vergnügen,
wozu sämtliche Kollegen hiermit eingeladen sind.
[M. 2,10] **Die örtliche Verwaltung.**

Zahlstelle Genthin.
Sonabend, 8. Juli, im Lokale des Herrn **Niggemann:**
Sommer-Vergnügen.
Anfang Abends 7 Uhr. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. [M. 2,40] **Die örtliche Verwaltung.**

Achtung, Maurer! **Wasserwagen** verjende liberalität. 60 cm lang M. 1,80, 76 cm lang M. 1,80. Unter Garantie genau und troden Eichenholz. Porto extra.
Karl Herold, Chemnitz, Reichstr. 68.

Weltberühmte **Hamburger Spezialartikel** für Maurer und Zimmerer.
Beste Arbeitsgarberoben. Prima Isländer. Preislisten gratis. Versand franco gegen Nachnahme.
Louis Mosberg, Bielefeld, Nur 44 Breitestr. 44 (Badenmarkt-Gde.)

Kollegen Deutschlands! Isländer, prima, 2 Schwere, M. 6,50, 11 (2) Schwere, M. 4,80, III, M. 2,50 dinstfrei. Streng reell. Nicht Gefallen, nehme retour. Koll. Hohlhoff, Dresden-N., Ritterstr. 4.

J. Blume & Co., Hamburg.
Eingetragene Schutz-Mark.
Täglicher Versand unserer bekannten, echt englisch-lebernen und Manchester **Arbeits-Artikel** und Isländer Jacken. Muster u. Preis-Kourant gratis.
J. Blume & Co., Hamburg.

Lederhosen-Fabrikant **W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.,** empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten **Double-Leder-Hosen** in silbergrau, weiß gebleicht u. dunkelbraun. I. Qualität, ganz klar, schwer, pro Paar M. 5; II. Qualität, mittelstark, halbklar, pro Paar M. 4,50, frei in's Haus gegen Nachnahme. Bitte Musterkarte ev. Probehose zu verlangen.

Quittungsmarken, Lokalfondsarten, Streifenmarken, Quittungskarten, Kontrollkarten, Sammellisten, sowie alle Druckerarbeiten liefert sauber und preiswerth **Conrad Müller, Schenckstr. Leipzig.** Schenckstr. Leipzig. Preislisten gratis.

Quittungsmarken und Kautschukstempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine **Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45.** Verlag sozialistischer Bilder. Illustrierte Preislisten gratis und franco. Geben ersuchen das neue **Fractionsbild der sozialdem. Partei 1898.**

Sobald ist erschienen und durch uns zu beziehen: **Das Zuchthaus-Lied.** Von Ernst Froezang. Preis 10 Pfennig. Wiederverkaufers Rabatt. Buchhandlung Vorwärts.

Arbeitsmarkt
30-40 tüchtige Maurer erhalten dauernde Beschäftigung bei **H. Kopp, Baugeschäft, Treptow a. d. Rega.** Tüchtige Maurer- und Zimmer-Parliere für China gesucht. Offerten unter **V. L. 3921** an Rudolph Woffe, Berlin C, Königstr. 56.

Versammlungs-Anzeiger
Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 Pf. pro Seite bekannt gemacht. Für jede Versammlung werden jedoch nur zwei Zeilen zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung eingelangt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonabend, 1. Juli:
Bornhöved. Abends 8 Uhr auf der Heberger. Alle Kollegen werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen.
Rudolstadt. Abends 8 Uhr im „Burgkeller“. Kollegen, erscheint pünktlich und zahlreich.

Sonntag, 2. Juli:
Belgern. Nachmittags 3 Uhr im Waldhof „Zum weißen Hahn“. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Bitterfeld. Nachmittags 3 Uhr in Schöner's Lokal. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
Bolzberg. Nachmittags 4 Uhr bei G. Haupt. Wichtige Tagesordnung. Sammtliche Kollegen müssen erscheinen.
Ellrich. Nachmittags 3 Uhr im „Schöngarten“. Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Elmshorn. Nachmittags 4 Uhr bei Ehege. Maurerherberge. Zahlreiches Erscheinen notwendig.
Gr. Salza. Nachmittags 4 Uhr bei Brätens. Alle Kollegen müssen unbedingt erscheinen.
Neuzelle. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Um das Erscheinen aller Kollegen ersucht.
Rottsch. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Es ist dringend notwendig, daß alle Kollegen pünktlich erscheinen.
Vellen. Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Montag, 3. Juli:
Celle. Abends 8 Uhr im Lokale „Der neuen Welt“. Kein Kollege darf in dieser Versammlung fehlen.
Liegnitz. Abends im Waldhof „Zum goldenen Reben“. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Dienstag, 4. Juli:
Spandau. Abends 8 Uhr bei Kade. Die Kollegen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Wandsbek. Abends 8 1/2 Uhr bei Danne, Sternstr. 27. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

Sonabend, 8. Juli:
Neudamm. Abends 7 1/2 Uhr präzis bei Frau Wöhrer. Kollegen, erscheint zahlreich.
Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.